



PRESSEMITTEILUNG

Modernisierung der Straßenbeleuchtung

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz



NATIONALE
KLIMASCHUTZ
INITIATIVE

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Anfang August 2025 beginnen die Modernisierungsarbeiten im gemeindlichen Straßenbeleuchtungsnetz. Hierbei werden ca. 600 öffentliche Straßen- und Wegeleuchten auf moderne LED-Leuchtmittel umgerüstet, ganz nach den gesetzlichen Förderrichtlinien. Zur Anwendung kommen Leuchtmittel mit der 3000 Kelvin Warm-Weißen, insektenfreundlichen Lichtfarbe, sowie einer Reduzierschaltung. Zukünftig werden die Leuchten von 22.00 Uhr bis 5.00 Uhr auf 50% ihrer maximalen Leuchtkraft gedimmt.

Nach Berechnung des begleitenden Planungsbüros HPE aus Johanneskirchen werden zukünftig ca. 125.000 Kilowattstunden Strom pro Jahr eingespart, eine Reduktion von ca. 71% zum heutigen Stand. Das entspricht einer CO₂ Einsparung von ca. 64 Tonnen pro Jahr.

Die Umrüstung der Straßenbeleuchtung soll Ende September 2025 abgeschlossen sein.

Die Maßnahme wird gefördert durch das Bundesministerium Wirtschaft und Klimaschutz und das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz.



gefördert durch
Bayerisches Staatsministerium für
Umwelt und Verbraucherschutz



Die Maßnahme wird gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (Kommunalrichtlinie, 67K20595) und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz (KommKlimaFör).

„Nationale Klimaschutzinitiative – Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert die Bundesregierung seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Diese Vielfalt ist Garant für gute Ideen. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmen, Kommunen oder Bildungseinrichtungen.“